

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Astrid Schmitt und Michael Hüttner (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Gutachten zu Fahrbeschränkungen wegen Bahnlärm

Die **Kleine Anfrage 2263** vom 27. März 2014 hat folgenden Wortlaut:

Vertreter der Landesregierung haben vor kurzem ein Gutachten des Passauer Bahnrechtlers Prof. Dr. Kramer vorgestellt, in dem die Vereinbarkeit von Betriebsbeschränkungen mit deutschem und europäischem Recht attestiert wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Gutachten des Passauer Bahnrechtlers Prof. Dr. Kramer gewinnen können?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung durch die Erkenntnisse auf die weitere Diskussion um Maßnahmen gegen den Bahnlärm, insbesondere im Mittelrheintal?
3. Welche weiteren Maßnahmen erachtet die Landesregierung als erforderlich, um die Belastung durch Bahnlärm, insbesondere im Mittelrheintal, zu vermindern?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 15. April 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Gutachten bestätigt und ergänzt bisherige Einschätzungen der Landesregierung zu Eingriffsmöglichkeiten bei übermäßigem Bahnlärm. Mit dem Gutachten war bezweckt worden, die vielerorts geführte Diskussion zur rechtlichen Zulässigkeit und Möglichkeit von Betriebsbeschränkungen für laute, d. h. mit Graugussbremsen ausgestattete Güterzüge, auf eine fundierte Grundlage zu stellen. Der Gutachter stellt insbesondere heraus, dass solche Eingriffe – namentlich nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzungen und Durchfahrverbote – nicht generell den Tatbestand der Diskriminierung erfüllen, und dass nach sachgerechter Abwägung zwischen den unternehmerischen Interessen der Eisenbahnunternehmen sowie dem öffentlichen Interesse an einem funktionierenden Eisenbahnverkehr einerseits und dem geschützten Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit der lärm betroffenen Anwohner andererseits solche Betriebsbeschränkungen möglich sind, wenn sie eine entsprechende Wirksamkeit haben, und wenn nicht durch mildere Maßnahmen das gleiche Ziel erreicht werden kann. Weiterhin stellt der Gutachter fest, dass sowohl der Infrastrukturbetreiber als auch die zuständige Überwachungsbehörde solche Betriebsbeschränkungen einführen können.

Zu Frage 2:

Das Gutachten stellt heraus, dass dem Eisenbahn-Bundesamt die staatliche Eingriffsbefugnis zur Verminderung des Bahnlärms im Mittelrheintal zukommt. Deshalb wird die Landesregierung den Bund auffordern, rechtlich zulässige und entsprechend wirksame Eingriffsszenarien zu prüfen und umzusetzen. Die Erwartung der Landesregierung geht auch dahin, dass dem Bahnsektor aufgezeigt wird, dass nur mit einer raschen Umrüstung der Bestandsgüterwagen auf eine lärmarme Technik, insbesondere durch die Verwendung von Verbundstoffbremssohlen, ein leistungsfähiger Schienenverkehr für die Zukunft gesichert werden kann. Darüber hinaus wird dem Bund signalisiert, dass er aktiv handeln muss, um das Mittelrheintal zu befrieden, wozu entsprechende Planungen vorgebracht und eine Finanzierungsperspektive aus Mitteln des Bundes und der Bahn eröffnet werden müssen.

b. w.

Zu Frage 3:

Nach Auffassung der Landesregierung ist ein Bündel von einzelnen Maßnahmen an dem rollenden Material und an der Strecke notwendig, um das Lärmniveau im Mittelrheintal insgesamt auf ein akzeptables Maß zu bringen.

Für Bestandsstrecken wie im Mittelrheintal ist sicherzustellen, dass die Gesundheit der Menschen durch Bahnlärm nicht beeinträchtigt wird.

Die bisher nur für neue Lokomotiven und Waggons geltenden europäischen Lärm-Emissionsgrenzwerte sollten mittelfristig, z. B. ab 2020 auch für Bestandsfahrzeuge gelten. Die für Neufahrzeuge geltenden Lärm-Emissionsgrenzwerte sollten abgesenkt werden.

Bezüglich des rollenden Materials ist es weiterhin dringend erforderlich, die finanzielle Spreizung beim lärmabhängigen Trassenpreissystem zwischen leisen und lauten Bahnfahrzeugen bei der Nutzung der Schienenwege zu vergrößern und auch neue Schienenfahrzeuge in das Anreizsystem mit einzubeziehen, damit es rascher zu einer Umrüstung von Güterwagen und Lokomotiven oder einer entsprechenden Neubeschaffung kommt.

Auch ist durch ein Lärmmonitoring sicherzustellen, dass sowohl Neu- als auch Bestandsfahrzeuge dauerhaft in einem akustisch guten Zustand gehalten werden. Die Landesregierung wird hierzu mit ihren Möglichkeiten erneut aktiv werden.

Zur weiteren Absenkung der Lärmpegel im Mittelrheintal sind die Möglichkeiten durch Lärmschutzmaßnahmen an der Strecke, wie Schallschutzwände, Schienenstegdämpfer oder sonstige innovative Maßnahmen auszuschöpfen. Hierzu sind zunächst die Ergebnisse der gutachterlichen Untersuchung im Rahmen des Beirats „Leiseres Mittelrheintal“ abzuwarten. Sofern hier geeignete Maßnahmen vorgeschlagen werden, wird sich die Landesregierung für deren rasche Umsetzung einsetzen.

In Vertretung:  
Günter Kern  
Staatssekretär